

Hilden-Plan 2009

Das kommunalpolitische Programm
für Hildens Zukunft



SPD

**Hilden
im Herz.**

www.spd-hilden.de

Inhaltsübersicht

Für eine lebens- und liebenswerte Gemeinde.....	6
Die Gemeinde der Bürgerinnen und Bürger.....	6
Der demografische Wandel.....	7
Sorgfältiger Umgang mit den Finanzen.....	8
Stadtplanung für eine lebenswerte und attraktive Gemeinde.....	10
Hilden, die soziale Stadt.....	15
Beste Chancen für Kinder und Jugendliche.....	17
Beste Bildung in Hilden.....	20
Kultur ist Lebensqualität.....	21
Auch im Sport die Nummer 1.....	23
Sicherung der hohen Standards durch aktive Wirtschaftsförderung.....	24
Städtische Gesellschaften sind unsere modernen Dienstleister.....	27
Städtepartnerschaften für ein geeintes Europa.....	28

Hilden-Plan 2009: Das kommunalpolitische Programm für Hildens Zukunft

Mit dem Hilden-Plan 2009 stellen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unsere Grundpositionen zur Hildener Kommunalpolitik für die kommenden Jahre vor. Hilden-Plan 2009, das ist die Aktualisierung und Fortschreibung unserer Programme seit 1975. Aus ihm lässt sich die Kontinuität sozialdemokratischer Politik in Hilden ebenso erkennen wie die Offenheit gegenüber neuen Problemen und Aufgaben.

Der Hilden-Plan 2009

- ist Aufgabenbeschreibung und Messlatte für die Politik vor Ort,
- macht die Zielkonflikte zwischen wünschenswerten, notwendigen und machbaren Aufgaben deutlich,
- ist Aussage und Selbstbindung der Hildener SPD zu kommunalen Fragen und ein Angebot zur gemeinsamen Gestaltung.

Die im Hilden-Plan 2009 zusammengefassten Schwerpunkte sozialdemokratischer Kommunalpolitik dokumentieren unseren Einsatz für Mensch, Umwelt und Wirtschaft.

Schwerpunkte sind:

- das Engagement für eine soziale Gemeinde,
- die beste Bildung und Betreuung vor Ort,
- die Förderung des Wohnungsbaus,
- die Umwelt, insbesondere die Energie- und Klimapolitik,
- eine zukunftsweisende Wirtschaftsförderung,
- unser Einsatz zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen

Horst Thiele
Bürgermeisterkandidat
Erster Beigeordneter

Birgit Alkenings
Ortsvereinsvorsitzende
Fraktionsvorsitzende

Für eine lebens- und liebenswerte Gemeinde

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden Hilden, unsere Stadt, in der sich die Bürgerinnen und Bürger wohl fühlen, nachhaltig weiterentwickeln.

Unsere Grundwerte **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität** sind die Basis unseres Denkens und Handelns – im Bund, im Land und in unserer Gemeinde.

Freiheit bedeutet die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung in allen Lebensbereichen bei gegenseitiger Respektierung und Rücksichtnahme. Gerechtigkeit heißt Wahrung und Ausbau des demokratischen und sozialen Rechtsstaates, der allen gleiche Rechte und Chancen gewährt. Solidarität heißt gegenseitige Achtung, Verantwortung füreinander und Hilfe für die Bedürftigen.

Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Grundwerte ist **die demokratische Beteiligung** aller Bürgerinnen und Bürger und das ehrenamtliche Engagement möglichst vieler.

Unser Alltag wird durch die Veränderungen der letzten Jahrzehnte nachhaltig geprägt: Immer mehr Menschen werden immer älter. Bildung und Integration sind Aufgaben für die Gegenwart und die Zukunft. Veränderte Familienstrukturen und die Individualisierung der Lebensentwürfe, Klimaschutzpolitik auf kommunaler Ebene und die Krise der öffentlichen Finanzen sind zentrale Beispiele für den gesellschaftlichen Wandel. Auch in der Kommunalpolitik wirken sich diese Entwicklungen aus und verlangen neue Konzepte und Ideen.

Die Gemeinde der Bürgerinnen und Bürger

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Schlüssel für unser soziales Miteinander. Unser solidarisches Gemeinwesen kann nur wachsen, wenn möglichst viele in ihrem Lebenskreis Verantwortung für sich und andere übernehmen. Die **solidarische Bürgergesellschaft** ist deshalb ein wichtiger Leitgedanke für die Hildener SPD.

Mitsprache, Mitwirkung und Mitverantwortung sind Bedingungen des

demokratischen Lebens und der kommunalen Selbstverwaltung. Sie erschöpfen sich nicht in einem einmaligen Wahlakt. Wir wollen deshalb die aktive **Teilhabe an der Demokratie** fördern. Voraussetzung dafür ist die umfassende und offene Information der Bürgerinnen und Bürger durch Rat und Verwaltung. Die Öffentlichkeit insgesamt und jeder Einzelne haben das Recht, von Rat und Verwaltung klare und begründete Antworten auf Vorschläge und Fragen zu erhalten.

Die Zuständigkeit der gewählten Ratsmitglieder einerseits und die verstärkte Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger andererseits sind kein Gegensatz, sondern ergänzen sich.

Die reformierte Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen hat eindeutige Verfahren der Bürgerbeteiligung geschaffen: **Bürgerbegehren und Bürgerentscheid** sind die zentralen Instrumente einer wirksamen Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger auf die Kommunalpolitik. Wir begrüßen, dass auf diese Weise die Möglichkeit zur Mitwirkung gestärkt wurde.

Wir erfahren aber zugleich, dass Einzelpersonen und Gruppen individuelle oder Gruppenegoismen mit dem Wohl der Allgemeinheit verwechseln. Hier erwächst der Kommunalpolitik eine neue Verantwortung. Sie darf sich nicht zum Schiedsrichter im Kampf von Einzelinteressen degradieren lassen, sondern muss stets die Gesamtentwicklung der Gemeinde und das Wohl aller Bürgerinnen und Bürger zum Maßstab ihrer Entscheidungen machen.

Der demografische Wandel

Die Gestaltung der Zukunft durch die Politik erfordert zukunftsbezogene Informationen. Dabei bildet die künftige Bevölkerungsentwicklung einen wichtigen Eckwert. **Sinkende Geburtenraten bei gleichzeitiger Zunahme der Lebenserwartung** führen zu einer Veränderung der Aufgaben der Kommunalpolitik.

Veränderte Bedingungen in der sozialen Sicherung, auf dem Arbeitsmarkt und bei den Anforderungen an die Qualifizierung werden auch in der nächsten Wahlperiode zu konkreten Reaktionen des Rates der Stadt führen müssen. Betroffen sind vor allen Dingen Kinder-, Jugend- und

Bildungseinrichtungen ebenso wie Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren.

Sinkende Kinderzahlen werden Kindergärten und Schulen mit all ihren Betreuungsmaßnahmen in ihrem Bestand gefährden.

Die Senioreneinrichtungen müssen in Struktur und Ausstattung weiterhin den veränderten Nutzungsbedürfnissen angepasst werden.

Durch den **demografischen Wandel** werden die Kosten der sozialen Sicherung steigen und gleichzeitig immer weniger Menschen in die Sozialsysteme einzahlen. Damit wird es auch für die Stadt Hilden zu nicht kalkulierbaren Finanzierungslasten kommen.

Frühzeitiges Erkennen der Entwicklungen sowie eine strategische Ausrichtung der Kommunalpolitik auf wichtige Ziele werden unerlässlich sein. Ohne das Thema hier abschließend darstellen zu können, ist es Ziel der SPD, Hilden so zu gestalten, dass die Folgen des demografischen Wandels verträglich bleiben.

Sorgfältiger Umgang mit den Finanzen

Hilden ist eine Gemeinde, in der es sich lohnt, zu leben und zu arbeiten. Einrichtungen und Angebote sind auf hohem Qualitätsniveau vorhanden.

Die hervorragende **Wirtschaftsförderung** in unserer Stadt hat wesentlich dazu beigetragen, das Gewerbesteueraufkommen – eine der wichtigsten Finanzquellen des Haushaltes – auf hohem Niveau zu halten. Dies ist insbesondere durch die unbürokratische und kompetente Arbeit der Verwaltung möglich geworden. Die Sozialdemokraten Bürgermeister Günter Scheib und Erster Beigeordneter Horst Thiele haben hier Grundsteine für eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur gelegt. Auch dadurch konnten die Hebesätze der wichtigsten Steuern in den letzten Jahren konstant gehalten werden.

Dies soll auch in Zukunft so bleiben. Wir geben damit der Hildener Wirtschaft Sicherheit für ihre Planungen und verpflichten uns gleichzeitig, den **soliden finanzpolitischen Kurs** fortzusetzen. Andererseits werden wir auch in der nächsten Wahlperiode dafür eintreten, dass Finanzspielräume ausgeschöpft und somit weiterhin ausgeglichene Haushalte verabschiedet werden können. Nur eine ausreichende finanzielle Ausstattung kann die Eigenständigkeit der Stadt und den politischen Gestaltungsspielraum des Rates gewährleisten.

Die Stadt Hilden hat als eine der ersten Gemeinden in NRW das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) erfolgreich eingeführt. Dieses System ermöglicht dem Rat eine bessere Kontrolle der Verwaltung, bietet größere Transparenz und bessere Steuerungsmöglichkeiten. Wir wollen daran mitarbeiten, dieses Verfahren schrittweise zu verfeinern und zu optimieren.

Mit dem NKF können wir den Bürgerinnen und Bürgern die Situation der städtischen Finanzen besser vermitteln, da durch die größere Transparenz der vollständige Ressourcenverbrauch dargestellt wird. Ein Überblick über das gesamte Vermögen unserer Stadt ist möglich und wird zudem durch eine Kosten- und Leistungsrechnung sowie ein Berichtswesen ergänzt.

Eine derartige Gesamtbetrachtung der Finanzen zeigt, dass der isolierte Blick auf die Verschuldung wenig aussagt. Diese konnte in den letzten 15 Jahren nahezu konstant gehalten werden und ist mit derzeit 26,1 Millionen Euro oder 463 Euro pro Kopf der Einwohner erfreulich niedrig. Dieser Verschuldung stehen in der städtischen Bilanz rund **500 Millionen Euro an Vermögenswerten** gegenüber. Hinzu kommen aus dem Anteilsverkauf der Stadtwerke 46 Millionen Euro, die auf dem „Bürgersparbuch“ festgelegt sind. Mit den Erträgen aus dem „Bürgersparbuch“ werden wir langfristig die Finanzierung der Ortsbuslinie, der Schwimmbäder, des Bahnhofs und des Weiterbildungszentrums Altes Helmholtz sicherstellen.

Wir werden diese **solide Finanzpolitik** für unsere Stadt fortsetzen.

Stadtplanung für eine lebenswerte und attraktive Gemeinde

Unsere Gemeinde soll lebenswert und attraktiv für Jung und Alt bleiben. Sie soll vielfältige Stätten der Begegnung und Beteiligung anbieten, um das Leben so angenehm wie möglich zu machen.

Wir stehen mit unserer Stadtentwicklungspolitik für den Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen wie komfortablem und bezahlbarem Wohnraum, der für Arbeitsplätze notwendigen Gewerbeansiedlung, Einrichtungen für Bildung und Freizeit, Einkaufsmöglichkeiten, dem Wunsch nach Mobilität, dem Erhalt von Freiflächen und dem Denkmalschutz. Die Bürgerinnen und Bürger werden frühzeitig bei der Bauleitplanung beteiligt.

Die Qualität des Lebens hängt im Wesentlichen vom Zustand der Wohnungen und Wohngebiete ab. Wohnungen dürfen nicht zu unbezahlbarem Luxus werden.

Sowohl ältere Menschen als auch Familien mit Kindern in unserer Stadt zu halten, ist Voraussetzung für eine lebendige Stadt. Deshalb muss der soziale Wohnungsbau weiter betrieben werden. Insbesondere muss es weiter städtischen Wohnungsbau durch die Wohnungsbaugesellschaft Hilden (WGH) geben. Mit Blick auf die **demografische Entwicklung** in Hilden ist dabei besonders auf einen familiengerechten, barrierefreien, bezahlbaren und zukunftsorientierten Wohnungsbau zu achten. Das bedeutet auch ein Bauen unter den Prinzipien von Nachhaltigkeit und maximaler Energieeffizienz (Nullenergiehausstandard).

Deswegen wollen wir ein **Programm „500 Wohnungen“** für junge Familien mit Kindern umsetzen. Folgende Standorte kämen u.a. dafür infrage:

- Umwandlung der Gemeinbedarfsflächen
Hauptschulgelände Am Wiedenhof
- Hintergelände Altes Helmholtzgynasium, Gerresheimer Str.
- Heiligenstr./Kolpingstr.
- Hofstr. in Verbindung mit der Ansiedlung von wohnortnahe, verträglichem Gewerbe für zusätzliche Arbeitsplätze.

Um im freifinanzierten Wohnungsbau ebenfalls ein verstärkt familienorientiertes Wohnungsangebot zu fördern, werden bestehende städtische Fördermöglichkeiten optimiert.

Durch das Schließen von Baulücken, die Nachverdichtung und das Recycling von Gewerbebrachen konnte die Ausweisung neuer Baugebiete minimiert werden.

Der aktuell neu aufzustellende **Flächennutzungsplan** soll insbesondere unter dem Gesichtspunkt von Klima- und demografischem Wandel eine Orientierung für die nachhaltige Entwicklung unserer Gemeinde bis 2025 aufzeigen. Wir wollen diese Planung in umfassender Form und mit frühzeitiger Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger erörtern und beraten.

Der Ausbau der Hildener **Innenstadt** ist nahezu abgeschlossen. Viele Maßnahmen werden in den nächsten Jahren umgesetzt. Zu nennen sind hier z.B. der Kronengarten, der Neubau des Sparkassengebäudes mit großflächigem Einzelhandel, die Erneuerung des Ellen-Wiederhold-Platzes, Service-Wohnen Am Rathaus sowie die Attraktivierung des Einzelhandelsstandortes Warrington-Platz/Axlerhof.

Dadurch wird das hohe Niveau in den Bereichen attraktives Wohnen, Branchenmix, Dienstleistungsangebot, Kultur- und Freizeitangebot in der Hildener Innenstadt sichergestellt. Ergänzend dazu fordern wir die konsequente Umsetzung des **Licht- und Citykonzepts**. Außerdem wollen wir die Verkehrsführung am Gressardplatz und die Anbindung der Fußgängerzone an den Stadtpark und die Stadthalle verbessern.

Die 2006 beschlossene Gestaltungssatzung für die Innenstadt zeigt erste deutliche Qualitätsgewinne im Bereich der Fassadengestaltung in der Fußgängerzone. Deshalb soll diese Gestaltungssatzung auf die an die Innenstadt angrenzenden Straßen ausgedehnt werden.

Neben der Innenstadtentwicklung wurde mit der **Bahnhofssanierung** und dem Erhalt dieses Baudenkmals die Aufwertung der gesamten westlichen Unterstadt eingeleitet. Auf der Basis der städtebaulichen Rahmenplanung wird diese Entwicklung fortgeführt.

Es ist gelungen, in allen Stadtteilen ein ausreichendes Angebot für den täglichen Bedarf sowie für Kultur, Sport und Freizeit zu schaffen.

Investitionen von mehr als 60 Millionen Euro in den letzten zehn Jahren in den Neubau bzw. die **Sanierung städtischer Einrichtungen** haben dafür gesorgt, dass alle Bürgerinnen und Bürger wohnungsnah unterschiedliche Angebote je nach Neigung vorfinden und nutzen können.

Beispielhaft sind hier zu erwähnen:

- Neubau der Sporthalle Am Weidenweg mit Jugendzentrum Süd,
- Neubau des Jugendzentrums „Area 51“ im Hildener Norden,
- Sanierung der städtischen Sportplätze an der Furtwänglerstr., Hoffeldstr., Am Weidenweg und Kalstert sowie Neubau der Tribüne in der Bezirkssportanlage Am Bandsbusch,
- Umbau des Alten Helmholtz zu einem Weiterbildungszentrum für VHS und Musikschule,
- Neubau der Senioreneinrichtung an der Hummelsterstr.,
- Neubau des Spielhauses auf dem Abenteuerspielplatz,
- Sanierung der Waschkäue für die Gemeinnützige Jugendwerkstatt,
- Sanierung bzw. Ersatzbau für die Fabriciushalle.

Die **Verkehrsplanung** soll gewährleisten, dass die Bürgerinnen und Bürger umweltschonend und sicher Arbeits- und Einkaufsstätten sowie Freizeit- und Bildungseinrichtungen erreichen.

In Hilden gibt es ein gut ausgebautes Bus- und S-Bahn-Angebot. Die Einführung der Ortsbuslinie und die Taktverdichtungen haben das Angebot deutlich verbessert. Ziel unserer Politik wird es sein, dieses Angebot zu erhalten und seine Qualität zu steigern.

Das **Fahrradförderkonzept** wird weiter realisiert. Hier muss der Schwerpunkt auf zusätzlichen innerstädtischen Abstellanlagen und dem Lücken-schluss im Radwegenetz liegen.

Weiterhin soll auch die seit einiger Zeit eingerichtete Mobilitätsberatung helfen, die Vielfalt der Mobilitätsangebote optimal und zukunftsorientiert zu nutzen. Dieses ehrenamtliche Angebot wollen wir verstärkt unterstützen.

Im kommunalen Straßenbau ist der Bedarf weitestgehend erfüllt. Die rechtzeitige Unterhaltung und Erneuerung sowie der barrierefreie

Ausbau werden zur Hauptaufgabe. Der **Straßenbau** hat sich an den Interessen aller Verkehrsbeteiligten (mit besonderer Vorsorge für Kinder und Fußgänger) und Anwohner zu orientieren. Straßenbäume sind wichtig für das innerstädtische Klima.

Wir setzen uns ein für eine Optimierung des Verkehrsflusses (z.B. Ampelschaltung Grüne Welle) zur Verringerung unnötiger Wartezeiten und Staubildung und erzielen damit auch einen Beitrag zur Schadstoffminimierung und CO₂-Reduktion.

Lärm macht Menschen krank. Lärmaktionspläne sind ein Instrument, um **Lärmbelästigung** zu erkennen und beseitigen zu können. Die notwendigen Mittel zur Erstellung der Lärminderungsplanung wollen wir bereitstellen.

Der **Umweltschutz** ist eine globale Querschnittsaufgabe, die aber lokale Verantwortung erfordert und Handlungsmöglichkeiten in den Bereichen Energie, Klimaschutz, Verkehr, Natur- und Landschaftsschutz sowie Flächennutzung vor Ort bietet.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen dafür sorgen, dass möglichst viele Freiflächen in Hilden erhalten bleiben und der Stadtkern weiter begrünt wird.

Schon frühzeitig wurden zahlreiche Grünzonen in Hilden unter Naturschutz gestellt. Insgesamt sind dies 114 Hektar oder 4,37 Prozent unseres Stadtgebietes

Ein Gebiet, das durch die Unterschutzstellung gesichert wurde, ist die Heidellandschaft am Jaberg. Die Bebauung von Karnap-West konnte verhindert werden.

Kommunen haben viele Möglichkeiten, zum **Klimaschutz** und zur Absenkung der CO₂-Emissionen beizutragen. Die Stadt Hilden engagiert sich schon lange auf diesem Gebiet, sie ist Mitglied im Klimabündnis und unterstützt die Agenda 21.

Auch bei der künftigen Bauleitplanung sind Klimaschutz-Aspekte zu berücksichtigen. An städtischen Gebäuden wird die Wärmedämmung

verbessert, so wird z.B. das Helmholtz-Gymnasium energetisch saniert. Die Heizwasser- und Heizungsanlagen werden optimiert und die Beleuchtungstechnik verbessert. In allen städtischen Gebäuden werden bereits Energiesparlampen eingesetzt. Die Anzahl der **Solaranlagen auf städtischen Gebäuden** soll gesteigert werden. Es sollen erdgasbetriebene, sparsame Fahrzeuge für den städtischen Fuhrpark neu beschafft werden. Änderung im Verbrauchsverhalten wird z. B. an den Schulen durch das fifty-fifty-Projekt gefördert: Einsparungen im Energie- und Wasserverbrauch lohnen sich finanziell für die Schulen.

Wir setzen den **Grünordnungsplan** um. Nach der Gestaltung von Grünzügen am West- und Nordring 2007 wird die Gewässerrenaturierung laufend fortgesetzt.

Für den Gewässerschutz werden wir das Entsiegelungsprogramm für öffentliche Flächen (z.B. Schulhöfe) und die Festschreibung der Regenwasserversickerung bei Neubauten fortführen.

Unser Stadtwald als **Naturschutz- und Naherholungsgebiet** ist vor hierfür ungeeigneten Nutzungsansprüchen (Hundeschulen, Großveranstaltungen usw.) zu schützen.

Im Kampf gegen die **CO-Pipeline** steht die Hildener SPD geschlossen mit dem Aktionsbündnis und der Hildener Bevölkerung zusammen. Kernpunkt für die ablehnende Haltung ist der Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir fordern Bayer und die Landesregierung auf, den Bau aufzugeben. CO ist dort zu produzieren und zu lagern, wo es auch verarbeitet wird. Damit werden keine Menschenleben unnötig gefährdet und der Erhalt der Arbeitsplätze und der Produktionsstandorte bleibt gesichert. Zur Sicherung dieses Zieles gilt weiterhin:

- alle juristischen Wege sind von Rat und Verwaltung auszuschöpfen,
- keine Gemeindeflächen werden freiwillig zur Verfügung gestellt,
- Unterstützung des Aktionsbündnisses gegen den Bau und die Inbetriebnahme der CO-Leitung,
- Unterstützung von privaten Klägern durch die Gemeinde in ideeller, sachlicher und finanzieller Form, soweit gemeindliche Interessen hierzu Grundlage bieten.

Hilden, die soziale Stadt

Das Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung zu gestalten, ist die Aufgabe einer sozialen Stadtpolitik. Leitbild unserer Politik ist **die solidarische Stadt**, denn es gilt den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt und die Integration aller Bürgerinnen und Bürger in die Gemeinschaft zu sichern.

In der Kommune wirken sich gesellschaftliche und soziale Probleme, aber auch Zukunftschancen unmittelbar aus. Wir wollen den vorsorgenden Sozialstaat: Er setzt an den Ursachen sozialer Probleme an und zielt darauf ab, Menschen von Unterstützung unabhängig zu machen. Die demografische Entwicklung, die Veränderung der Arbeitsgesellschaft und die interkulturelle Weiterentwicklung unserer Gesellschaft sind Herausforderungen, denen sich das soziale Leben unserer Kommune stellen muss. Unsere Kommunalpolitik will vorausschauend Entwicklungen erkennen und nachhaltig **wirksam für soziale Gerechtigkeit** und Integration aller Bevölkerungsgruppen sorgen.

In unserer wohlhabenden Gesellschaft dürfen wir **Ausgrenzung durch Armut nicht zulassen**. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der Bekämpfung der Kinderarmut. Gleiche Zukunftschancen für jedes Kind sind unverzichtbar. Um bestehende Handlungsansätze weiterzuentwickeln, bedarf es ausführlicher Kenntnisse der sozialen Lebensverhältnisse in unseren Stadtteilen. Die Datenbasis für diese Aufgabe muss schnellstens geschaffen werden. Deshalb fordern wir einen Familienbericht, der ausführlich und genau über die soziale Lage in unserer Stadt Auskunft gibt.

Zentrales Element für die Verhinderung von sozialen Problemen ist ein **ausreichendes Angebot von Arbeit**. Erwerbstätigkeit ist die Grundlage für die materielle Sicherheit der Menschen und schafft gesellschaftliche Anerkennung. Eine gute Wirtschaftsförderung, wie die Hildener SPD sie verantwortet, ist die beste Grundlage für Arbeitsplätze. Wir wollen insbesondere dafür sorgen, dass jeder Jugendliche gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommt. In Hilden darf **kein Jugendlicher ohne Ausbildungsplatz** sein. Deshalb gilt es, die Arbeit der Gemeinnützigen Jugendwerkstatt (GJwH) weiter zu fördern und finanziell zu unterstützen, um in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und der Volks

hochschule jedem/jeder Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen. Auch müssen für besonders benachteiligte Gruppen **Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt** zu eröffnet werden. Wir werden dazu alle notwendigen Beratungs-, Qualifizierungs- und Hilfsangebote einsetzen und weiterentwickeln. Dazu gehören neben Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung die Schuldnerberatung, die Drogenberatung, die sozialpsychologische Beratung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die **Integration** der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund muss weiter gefördert werden. Die SPD steht für das kommunale Integrationskonzept der Stadt Hilden, denn erfolgreiche Städte zeichnen sich durch Weltoffenheit und Toleranz aus. Neben dem guten Zusammenleben wollen wir die Chancen einer positiven Integration nutzen. Zuwanderer tragen auch zu einer guten wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt bei. Diese Chance kann aber nur dann genutzt werden, wenn es gelingt, durch eine verbesserte Teilhabe Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten herzustellen.

Wir wollen allen in Hilden lebenden **Migrantinnen und Migranten** eine gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben ermöglichen. Toleranz und Akzeptanz sind dazu notwendige Eckpfeiler. Die kommunale Vertretung der Migrantinnen und Migranten ist zu stärken und als wichtiger Partner in Planung und Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen. Die SPD setzt sich weiterhin für die Verankerung des Kommunalwahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten im Grundgesetz ein.

Der steigende Altersdurchschnitt unserer Bevölkerung und die Notwendigkeit der Integration älterer Menschen in das gesellschaftliche Leben machen neue Konzepte für ihre Lebensgestaltung notwendig. Wir wollen **Seniorinnen und Senioren** Hilfen zum Erhalt der Selbstständigkeit anbieten, dies auch in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden. Wo Hilfe geboten ist, muss sie – vorrangig in ambulanter Form – gewährt werden.

Daneben sind stationäre Einrichtungen in ausreichender Zahl vorzuhalten. Deshalb haben wir uns für eine weitere städtische Senioreneinrichtung an der Hummelsterstraße stark gemacht. „Betreutes Wohnen“ oder Tagespflegeplätze sind notwendig und müssen nach Bedarf geschaffen werden. Dem steigenden Bedarf nach neuen Wohnformen für Jung

und Alt müssen adäquate Angebote gegenüber gestellt werden. Typische Maßnahmen und Einrichtungen für die „soziale Stadt“ sind Bürgertreffs und Begegnungsstätten, Sporteinrichtungen, Internationale Treffpunkte und ein ausreichendes und qualifiziertes Bildungsangebot. Für deren Ausbau treten wir ein.

Menschen mit Behinderung werden in unserer Gesellschaft noch immer als Mitglieder einer Randgruppe angesehen und in vielen Lebensbereichen nach wie vor ausgegrenzt. Hilden war Anfang 2008 die erste Stadt in NRW, die zur Verbesserung der Lebenssituation für ihre Bürger mit Behinderung eine Zielvereinbarung mit dem Behindertenbeirat abgeschlossen hat. In dieser Zielvereinbarung verpflichtet sich die Stadt Hilden, behinderten Menschen die Nutzung öffentlicher Gebäude und Verkehrsflächen barrierefrei zu ermöglichen.

Der **Behindertenbeirat** wird seither bei jedem Neu- und Umbauvorhaben frühzeitig in die Planung einbezogen. Seine Vorschläge werden berücksichtigt und konnten auch schon zum Teil umgesetzt werden, z.B. bei Straßenquerungen und an einigen Bushaltestellen. Hilden entwickelt sich mehr und mehr zu einer behindertenfreundlichen Stadt.

Beste Chancen für Kinder und Jugendliche

Beste Bildung für Alle ist die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Der Bildungsstand entscheidet über individuelle Lebensperspektiven, berufliche Möglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen. Deswegen entscheidet die Fürsorge für Kinder und Jugendliche und ihre Familien auch über die Zukunftsfähigkeit Hildens. **Bildung und Betreuung** sind zentrale Aufgaben zur Vermeidung von Armutsrisiken. Eine gute Bildung ist somit das wichtigste Startkapital, das wir unseren Kindern mit auf den Weg in ihr Leben geben können. Deshalb fordert die SPD-Hilden Chancengleichheit und einen gerechten Zugang Aller zu Bildung, Ausbildung und beruflichen Chancen. Gleichzeitig müssen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Globalisierung die Erwerbschancen der Eltern erhöht werden.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten deshalb für eine gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen ein.

Vorrangige Ziele sind: die Verbesserung der Bildungs- und damit Zukunftschancen unserer Kinder, die **bessere Integration von Kindern** aus sozial benachteiligten Familien, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der freie und leichte Zugang zu den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.

Für die Betreuungseinrichtungen werden die vorhandenen gesetzlichen Vorgaben in Hilden erfüllt. Für alle Kinder ab dem 3. Lebensjahr wird ein Betreuungsplatz angeboten. Kindertagesstätten und Familienzentren sind Orte der Betreuung und Bildung zugleich. Daher gilt es, auch im vorschulischen Bereich altersangemessene **Bildungsangebote** vorzuhalten und spielerische Lern- und Fördermöglichkeiten anzubieten. Dabei reden wir nicht der frühen Verschulung der Betreuungseinrichtungen das Wort, wir wollen vielmehr so früh wie möglich qualifiziertes Lernen auch im Vorschulbereich anbieten. An allen Grundschulen sind entsprechend dem Bedarf Gruppen der „offenen Ganztagschule“ vorhanden. Für ältere Kinder wird eine vielfältige Übermittag- und Hausaufgabenbetreuung vorgehalten.

Besondere Bedeutung hat jetzt und in der Zukunft der **Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren**. Es ist absehbar, dass auch dafür in der Zukunft ein Rechtsanspruch bestehen wird.

Obwohl in Hilden bereits jetzt Plätze weit über dem Landesdurchschnitt vorhanden sind, muss der Ausbau dieser Betreuungsform zügig weiter erfolgen. Dabei sind vorhandene Gebäude und Zuschussprogramme, aber auch freiwerdende Kapazitäten in Kindertagesstätten, zu nutzen. Neben der Schaffung von „festen“ Einrichtungen muss auch versucht werden, Tagesmütter für diese Betreuungsform zu gewinnen.

Freier und leichter Zugang aller Kinder und Jugendlichen zu den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ist wegen der wirtschaftlichen Lage der Familien nicht immer möglich. Aus diesem Grund fordern wir die **Abschaffung der Elternbeiträge**, vorerst für die Betreuung der drei bis sechs jährigen Kinder.

Zur Erreichung der Ziele sind erhebliche finanzielle Mittel erforderlich. Wir sind bereit, städtische Mittel aufzubringen. Gleichzeitig fordern wir aber auch, dass die Umverteilung der Lasten vom Land auf die Kommunen und die Eltern enden muss. Land und Bund sind gefordert, ihren finan

ziellen Anteil an der gesellschaftspolitisch wichtigen Aufgabe „Bildung und Betreuung“ zu erbringen.

Wir fordern das Land außerdem auf, das Kinderbildungsgesetz so zu ändern, dass die Träger der Einrichtungen wieder mehr Planungssicherheit und mehr **Geld für die Weiterbildung** von Erzieherinnen und Erziehern erhalten.

Bildung muss sich in den Schulen, aber auch in außerschulischen Bildungseinrichtungen wie der Volkshochschule oder der Gemeinnützigen Jugendwerkstatt fortsetzen. Zahlreiche Firmen haben im Rahmen von Lernkooperationen mit Hildener Schulen Anteil an einer innovativen Gestaltung von Unterrichts- und Ausbildungsinhalten. Diese Kooperationen sind zu verstetigen und zu erweitern.

Jedem Jugendlichen, der einen Schulabschluss erwerben will, muss die Möglichkeit dazu gegeben werden. Wenn dies nicht im Laufe der „normalen“ Schulzeit geschafft wurde, muss der spätere Abschluss bei den genannten Einrichtungen möglich sein. Zudem wollen wir, dass **jedem Jugendlichen ein Ausbildungsplatz** angeboten wird.

Wir bieten in Hilden Kindern und Jugendlichen Freizeiteinrichtungen an, in denen verschiedenen Interessen nachgegangen werden kann. Im Netz der Jugendzentren werden schwerpunktmäßig Kultur, Sport und Medien angeboten. Dieses umfangreiche, informelle Bildungsangebot wird genutzt. In der Zukunft müssen die **Jugendzentren** verstärkt für den Bereich Betreuung geöffnet werden. Einzelmaßnahmen, wie im Hildener Norden, müssen keine Ausnahme sein.

An den politischen Entscheidungen zu diesem Thema wollen wir Kinder- und Jugendparlament beteiligen, deren Existenz auf Dauer gesichert werden muss.

Dass die städtischen Spielplätze und die Spielbereiche der Schulhöfe kontinuierlich auf dem neuesten Stand gehalten werden, ist eine weitere Forderung von uns.

Beste Bildung in Hilden

Einundzwanzig Schulen von der Grundschule bis zum Berufskolleg in kommunaler oder privater Trägerschaft sichern das überragende Ansehen Hildens als Schulstandort. Diesen Status wollen wir sichern.

Es ist uns deshalb wichtig, die **besten Rahmenbedingungen** für diese Schulen zu schaffen, soweit die Stadt dafür zuständig ist. Die Vermittlung von Bildung und Wissen kann nur unter optimalen Bedingungen erfolgreich sein.

Dazu gehört, dass in den Gebäuden ausreichend Räume zur Verfügung gestellt werden und diese, sowie die dazugehörigen Anbauten, in einem guten baulichen Zustand gehalten werden. In jüngster Vergangenheit haben wir für **Erweiterungen und Sanierungen** von Schulgebäuden, -räumen und Turnhallen drei Millionen Euro ausgegeben. Weitere finanzielle Mittel werden wir bei Bedarf zur Verfügung stellen.

Unter Beachtung der Entwicklung der Schülerzahlen haben wir einige Schulstandorte durch flankierende Maßnahmen stabilisiert und den Schulen ein eigenes Profil verschafft. Dazu gehörte die integrative Beschulung von behinderten und nicht-behinderten Kindern, der Bau von Mensen am Helmholtz-Gymnasium und der Fabry-Realschule.

Die **Ausstattung der Schulen** wird ständig ergänzt und erneuert. Auch in der Zukunft werden wir dafür eintreten, dass besonders für Lernmittel und Medienausstattung ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Ganztagsbetreuung, an allen Grundschulen unter Einsatz erheblicher städtischer Gelder ausreichend realisiert, muss auch an den weiterführenden Schulen, zumindest für die unteren Jahrgänge angeboten werden können. Dabei sind die vorhandenen Betreuungsformen auszubauen. Neben der Vermittlung von Wissen und Bildung wird damit auch die Ganztagsbetreuung der Schüler und Schülerinnen sichergestellt.

Vor der Einschulung müssen Kinder verpflichtend einem Sprachtest unterzogen werden. Ziel ist es, Sprachprobleme frühzeitig zu erkennen und Kinder mit Sprachproblemen gezielt zu fördern. Dazu müssen die

Kinderbetreuungseinrichtungen ausreichend mit finanziellen Mitteln des Landes NRW versorgt werden. Die heute vom Land zur Verfügung gestellten Mittel reichen nicht aus und müssen für eine wirkungsvolle Förderung unbedingt erhöht werden.

Die bestehenden **Sprachfördermaßnahmen** wollen wir erhalten und fortsetzen. Unser Bestreben ist es, diese Maßnahmen zu erweitern, damit an allen Schulen Sprachförderung angeboten wird.

Besonderer Beachtung bedürfen zwei- oder mehrsprachig aufwachsende Kinder und deren Familien, bei denen die Sprachkenntnisse in den einzelnen Sprachen unzureichend sein können. Spezielle Erhebungen sind nicht vorhanden und zur Verbesserung der aktuellen Situation unbedingt durchzuführen. Wir wollen erreichen, dass die Kinder ihre Sprachkenntnisse verbessern können.

Neben den eigentlichen Schulräumen müssen zwingend ausreichend Möglichkeiten für die sportliche Betätigung von Schülern vorgehalten werden. **Sportstätten in Hilden** haben einen hohen Standard, weil in den letzten Jahren erhebliche Investitionen von uns genehmigt worden sind. Für die Sanierung von Sportplätzen und Sporthallen werden wir auch künftig Geld zur Verfügung stellen.

Um die Zukunftschancen von Kindern mit Behinderungen zu verbessern, halten wir **die Fortsetzung der integrativen Beschulung** an Hildener Schulen für dringend erforderlich. Wichtig ist dabei, dass die integrative Beschulung mit einer entsprechenden personellen Besetzung im sonderpädagogischen Bereich durchgeführt werden kann und vom Land NRW keine weiteren Kürzungen des Förderbedarfes für die behinderten Kinder vorgenommen werden.

Kultur ist Lebensqualität

Die Attraktivität der Stadt wird immer stärker daran gemessen, ob sie ausreichend Raum für Kreativität, für kulturelle Innovationen und humane Begegnung bietet. Kultur gilt als „weicher Standortfaktor“ für die Ansiedlung von Unternehmen. Ein attraktives Kulturleben trägt somit zur Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung bei.

Dabei kann und will die **Hildener Kulturpolitik** keine Konkurrenz zu den Angeboten aus den umliegenden Ballungsräumen schaffen. In den vergangenen Jahren hat sich ein eigenes Profil entwickelt, welches bereits hohe Standards gesetzt hat (das Angebot der Theaterreihen, der Hildener Sommer, Unicef-Gala, Hildener Jazztage, Ausstellungen des Museums). Dieses Angebot gilt es zu erhalten.

Das Jugendkulturjahr 2005 hat gezeigt, dass es gelingen kann, Bevölkerungsgruppen gezielt anzusprechen und aktiv ins Kulturleben zu integrieren. Dies gilt es fortzusetzen. Dafür muss die Hildener **Kulturpolitik bürgernah** bleiben. Wünsche und Bedürfnisse der Menschen und ihre unterschiedlichen Lebensbedingungen und Lebensformen müssen hierbei berücksichtigt werden.

Im Rahmen des **Fabry-Jahres 2010** können wir dies umsetzen. Die SPD Hilden wird dafür sorgen, dass das Fabry-Jahr dem Anlass entsprechend würdig begangen wird. Dazu gehören eine Fülle von verschiedenen Angeboten sowie Möglichkeiten der aktiven Teilnahme.

Die Teilnahme am kulturellen Leben gehört wie die Bildung, Gesundheit und Wohnung zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Investitionen für Kunst und Kultur sind somit unverzichtbar für die Zukunft. Kultur ist Lebensqualität. Nur wer ein reichhaltiges und abwechslungsreiches Angebot bietet, sorgt dafür, dass die Menschen sich in Hilden wohl fühlen und zusammen kommen. Somit trägt eine Kulturpolitik auch zur Völkerverständigung und zur Integration bei, weshalb auch die ausländischen Vereine gezielt in das Kulturleben einzubinden sind.

Ohnehin stellen **die kulturpflegenden Vereine** in Hilden traditionell einen starken Grundpfeiler der Kulturpolitik dar. Dies gilt es zu bewahren und auch weiterhin zu fördern. Ihre Angebote gilt es mit den guten städtischen Kulturangeboten und Einrichtungen (Bücherei, Museum, Musikschule) zu vernetzen.

Die **Weiterbildung ist eine kommunale Aufgabe**. Weiterbildung erweitert den Horizont, erhöht die Chancengleichheit und leistet einen Beitrag zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit. Die Volkshochschule gewährleistet diese Grundversorgung und stellt gemeinsam mit anderen Einrichtungen ein bedarfsgerechtes, wohnortnahes, qualifiziertes und

bezahlbares Angebot sicher. Das setzt die Kooperation und Vernetzung mit anderen Bildungseinrichtungen voraus. Insbesondere die Zusammenarbeit der Volkshochschulen mit den Büchereien ist unverzichtbar. Allerdings soll die Hildener Stadtbücherei nicht unter der Leitung der Volkshochschule geführt werden.

Unser Augenmerk gilt **Weiterbildungsangeboten** für junge Erwachsene sowie ältere Menschen im und nach dem Erwerbsleben. Dies gilt auch für Menschen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Milieus. Weitere Schwerpunkte der VHS müssen die Entwicklung der politischen Urteils- und Handlungsfähigkeit und der interkulturellen Kompetenz sein. Insbesondere muss die Volkshochschule spezielle Angebote für Jugendliche entwickeln. Wir wollen z.B., dass allen Jugendlichen die Möglichkeit eingeräumt wird, ihren Schulabschluss nachzuholen, die es in der regulären Schulzeit nicht geschafft haben.

Die Förderung der **politischen Bildung** ist und bleibt eine elementare öffentliche Aufgabe. Angesichts der zunehmenden Komplexität der Gesellschaft muss Allen der Zugang zu gesellschaftspolitischem Wissen offen stehen, um eine aktive Mitwirkung in der Demokratie zu fördern.

Auch im Sport die Nummer 1

Sport ist für viele Menschen Freizeitgestaltung. Er trägt zum Erhalt der eigenen Gesundheit bei, entspricht dem Wunsch nach körperlicher Betätigung und Selbsterfahrung. Der Sport nimmt wichtige soziale und gesellschaftliche Funktionen wahr. Besonders in den **Sportvereinen** werden das Zusammengehörigkeitsgefühl und der Gemeinsinn erlernt. Ethnische, soziale und demografische Unterschiede sind im Sport leichter zu überwinden. Er hat eine dauerhaft integrative Wirkung.

Sport bietet für Kinder und Jugendliche vielfältige und unverzichtbare Möglichkeiten ihrer Persönlichkeitsentwicklung und Bildung. Bereits im Kindergarten müssen die Weichen gestellt werden, um die motorischen Fähigkeiten zu fördern und einen gesunden Lebensstil von Anfang an zu unterstützen.

Danach soll **Schul- und Vereinssport** jedem Kind die Chance bieten, seine sportlichen und motorischen Fähigkeiten zu entdecken, erfahren

und entfalten. In den „offenen Ganztagschulen“ (Ogata) gibt es schon viele **gemeinsame Angebote von Schulen und Vereinen**, die weiter gefördert und ausgebaut werden sollen.

Darüber hinaus erfreut sich der Sport großer öffentlicher Aufmerksamkeit und fördert deshalb das Ansehen der Stadt. Aus diesem Grund sind gute Sportmöglichkeiten ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor für die Wirtschaftsförderung.

Hilden bietet **hervorragende Möglichkeiten für sportliches Engagement**, sei es in der Schule, den Sportvereinen, vereinsungebunden oder in kommerziellen Sportzentren. In den letzten Jahren ist es gelungen, die Sportanlagen in Hilden auf einen sehr guten Stand zu bringen.

- Die städtischen Sportplätze an der Furtwänglerstrasse, an der Hoffeldstrasse, am Bandsbusch, am Weidenweg und am Kalstert wurden mit Kunstrasen ausgestattet.
- Unsere Sporthallen wurden gemäß dem Schul- und Sportgebäudeunterhaltungsprogramm in den letzten Jahren mit erheblichen Mitteln renoviert oder durch einen Neubau ersetzt.

In Zukunft gilt es, den erreichten Standard zu sichern und mit den vorhandenen Anlagen die Möglichkeiten einer sportlichen Betätigung für die Bürgerinnen und Bürger weiter auszubauen. Dabei arbeitet die Verwaltung eng mit dem Stadtsportbund und den Sportvereinen zusammen und bindet sie in die Verantwortung für ihre Sportstätten mit ein.

Sicherung der hohen Standards durch aktive Wirtschaftsförderung

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Hilden seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert. Deshalb ist **aktive Wirtschaftsförderung** für uns seit langem Arbeitsschwerpunkt. Wir haben die Standortvorteile und die hervorragende Infrastruktur unserer Stadt in den letzten Jahren dazu genutzt, Firmen aus der Versicherungsbranche, der High-Tech-Industrie und der Biogentechnik anzusiedeln.

Diese Unternehmen garantieren hochwertige Arbeitsplätze und sorgen dafür, dass **die Arbeitslosenquote in Hilden** eine der niedrigsten in Nordrhein-Westfalen bleibt. Die Zukunft sichern wir mit dem Gewerbepark am Nordring, wo langfristig ca. 2000 Arbeitsplätze entstehen werden.

Die Industrie- und Handelskammer hat die wirtschaftlichen Strukturen Hildens untersucht und eine **Standortumfrage** durchgeführt. Das Ergebnis brachte überdurchschnittlich gute Bewertungen. „Vereinzelte, meist auf hohem Anspruchsniveau und oft guter Qualität der Standortfaktoren geäußerte Kritik, bietet Gelegenheit, den Wirtschaftsstandort Hilden weiter zu optimieren“, schreibt die IHK. Diesen Anspruch wollen wir erfüllen, damit Hilden weiter einen Spitzenplatz behaupten kann. So soll auch der Kontakt mit den Unternehmen als Meinungsaustausch aller Beteiligten verstärkt werden.

Eine weitere Säule unserer Wirtschaftsförderungspolitik war und ist das Gründerzentrum im Gewerbepark Hofstraße. Hier werden Existenzgründer von **privaten Investoren in Zusammenarbeit mit der städtischen Wirtschaftsförderung** im Rahmen einer so genannten Public-Private-Partnership gefördert. Die ersten sind mittlerweile so erfolgreich, dass sie eigene Firmengebäude gebaut und so wieder Platz für neue Existenzgründer geschaffen haben. Die guten Erfahrungen wollen wir auf Existenzgründer im Bereich des Einzelhandels insbesondere in der Innenstadt ausweiten.

Aktive Wirtschaftsförderung heißt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aber auch Stärkung der Innenstadt und Fortführung des Stadtmarketings. Die auf unseren Antrag gegründete **Stadtmarketing-Gesellschaft** mit hauptamtlichem Personal macht eine Professionalisierung und erfolgreiche Arbeit des Stadtmarketings möglich und soll deshalb weiter bestehen. Den Standortvorteil der Hildener Innenstadt gegenüber unseren Nachbargemeinden können wir dadurch weiter ausbauen und durch das Gewerbeflächen-Management auch in Zukunft Leerstände weitgehend verhindern. So ist es nur logisch und konsequent, dass wir weiterhin großflächigen Einzelhandel am Stadtrand ablehnen.

Kommunale Wirtschaftsförderung bedeutet für uns auch, weiter in

die Bereiche Umwelt, Natur und sozialen Wohnungsbau zu investieren. Dazu zählt ebenfalls das Programm zur Unterhaltung städtischer Gebäude, mit dem wir seit Jahren dafür sorgen, dass unsere städtischen Schulen und Kindergärten hervorragend „in Schuss“ und bestens ausgestattet sind.

Mit der 2005 gegründeten Infrastruktur-Entwicklungsgesellschaft Hilden, IGH, können wir **städtische Investitionen** schneller und kostengünstiger realisieren.

Mit der Gemeinnützigen Jugendwerkstatt sichern wir benachteiligten Jugendlichen auch in schwierigen Zeiten eine Ausbildungsmöglichkeit und sorgen damit aktiv für Ausbildungschancen und soziale Gerechtigkeit.

Selbstverständlich werden wir auch weiterhin den konstruktiven Dialog mit den Vertretern der Wirtschaft und deren Verbänden fortführen, um Hemmnisse in der erfolgreichen Unternehmensentwicklung zu überwinden.

Dieser ganze „Strauß“ von Maßnahmen der Wirtschaftsförderung sichert nicht nur **Arbeitsplätze und Kaufkraft**, sondern soll auch dafür sorgen, dass die Steuereinnahmen Hildens auf einem weit überdurchschnittlichen Niveau bleiben. Nur durch gesicherte Gewerbesteuererinnahmen sind unsere hohen Standards in den Bereichen Kultur, Sport, Jugend und Soziales überhaupt möglich und beizubehalten.

Deshalb werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Rat der Stadt Hilden die **„Erfolgsstory Hilden“** durch unsere aktive Wirtschaftsförderungspolitik fortsetzen.

Die Sparkasse Hilden • Ratingen • Velbert hat in den letzten Jahren wesentlich zur Zukunftssicherung insbesondere des Hildener Mittelstandes beigetragen. Gerade während der großen Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten, aber auch bei den Krisen um die WestLB, hat **unsere Sparkasse** ihre Leistungsfähigkeit und Stabilität bewiesen. Deshalb wird die SPD Hilden sich auch dafür einsetzen, dass die Sparkasse ihren Status als kommunale Bank mit klarer Ausrichtung auf die Förderung des Gemeinwohls behält. Jeder Ansatz einer Privatisierung der Sparkassen wird von uns strikt abgelehnt.

Städtische Gesellschaften sind unsere modernen Dienstleister

In Hilden werden viele Aufgaben erfolgreich von städtischen Gesellschaften wahrgenommen. Die privatwirtschaftlich arbeitenden Gesellschaften müssen sich mit **marktgerechten Leistungen und Preisen** behaupten. Dieses System wollen wir beibehalten und, dort wo es sinnvoll ist, ausbauen.

So ist der städtische Bauhof in ein Wirtschaftsunternehmen in Form einer Anstalt öffentlichen Rechts umzuwandeln. Damit werden die Grundlagen für noch bessere Leistungen der Müllabfuhr und der Straßenreinigung geschaffen.

Die auf Anregung der SPD gegründete städtische Wohnungsbaugesellschaft Hilden hat sich mit den von ihr übernommenen und den neu gebauten Sozialwohnungen fest in unserer Stadt etabliert. Sie tritt als Bauherr auf, wenn sich kein privater Investor findet. Auch in den nächsten Jahren besteht **Wohnungsbedarf für Familien mit Kindern**, deshalb muss die WGH ihre Aktivitäten verstärken. So soll sie sich an neuen Wohnungsprojekten für Jung und Alt (Kolpingstraße) oder Sozialwohnungen (Hofstraße) beteiligen. Mit dem Ankauf bestehender Objekte kann zudem dem stetigen Rückgang der Zahl an Sozialwohnungen begegnet werden.

Die Stadtwerke haben sich in den letzten Jahren erfolgreich den Herausforderungen des liberalisierten Energiemarktes gestellt und mit ihren Angeboten im Markt behauptet. Hier ist der Wettbewerb in den vergangenen Jahren immer härter geworden und nimmt noch weiter zu; hinzu kommen immer mehr gesetzliche Auflagen, die kleinere Stadtwerke besonders belasten. Andererseits müssen die Stadtwerke in der Lage bleiben, auch die weitere Entwicklung als erfolgreicher Dienstleister gestalten zu können. Deshalb war die Bindung an einen starken Partner wichtig und richtig. Mit den Stadtwerken Düsseldorf an der Seite **bieten sich den Stadtwerken Hilden beste Perspektiven: zum Wohle der Kunden**, der Hildener Bürgerinnen und Bürger und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwerke.

Die Stadtwerke und deren Töchter Verkehrsgesellschaft und Grundstücksgesellschaft sind als **Dienstleister und Anbieter** nicht mehr weg zu denken. Die Verkehrsgesellschaft betreibt die Stadtbuslinie mit Erfolg, die Grundstücksgesellschaft übernahm den Umbau des ehemaligen Helmholz-Gymnasiums zu einem Weiterbildungszentrum sowie den Kauf und die Restaurierung des denkmalgeschützten Bahnhofes.

Städtepartnerschaften für ein geeintes Europa

Die Stadt Hilden trägt durch ihre Städtepartnerschaften mit Warrington in Nordengland und Nove Mesto n. M. in Tschechien zur Gestaltung eines lebendigen Europas der Bürgerinnen und Bürger bei. Beide Städtepartnerschaften haben im bürgerschaftlichen Leben unserer Gemeinde einen festen Platz. Dies wollen wir pflegen und weiter festigen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Austausch und Partnerschaften nie einen endgültigen Zustand erreichen, sondern stets lebendig sind. Sie werden von den handelnden Personen, den sich wandelnden Umständen und neuen Entwicklungsmöglichkeiten geprägt. Deshalb ist es unser Ziel, unsere **Städtepartnerschaften** durch aktive Förderung der Kontakte und Beziehungen weiterzuentwickeln.

Wichtig ist auch, direkte Kontakte zwischen Warrington und Nove Mesto n. M. zu fördern. Wir haben uns dafür in der Vergangenheit engagiert und wollen dies auch in Zukunft tun, damit aus dem Dreieck Hilden-Warrington-Nove Mesto n. M. eine wirkliche gesamteuropäische Zusammenarbeit entsteht. Deshalb wollen wir uns auch in Zukunft an Programmen der Europäischen Union zur Förderung der Zusammenarbeit in Europa beteiligen.

Zur Sicherung des festen Bestandes unserer partnerschaftlichen Beziehungen wollen wir folgende Schwerpunkte setzen:

- An erster Stelle gilt es, den Jugendaustausch und die Kooperation zwischen Schulen zu fördern.
- Hildener Vereine, Verbände, Parteien und Organisationen sollen bei ihren Austausch- und Besuchsprogrammen unterstützt werden.

- Die Beziehungen auf offizieller Ebene zwischen den Räten und Verwaltungen sollen fortgeführt und weiterentwickelt werden.
- Wirtschaftliche Kooperationen zwischen Unternehmen aus Hilden und unseren Partnerstädten werden angeregt und gefördert.

Hilden Plan 2009

Mit Herz

die soziale Stadt ausbauen und
Chancengleichheit für jung und alt bieten.

Mit Herz

Kinder früh fördern und in Kindergärten
kostenlos betreuen.

Mit Herz

mehr Wohnraum für junge Familien schaffen.

Mit Herz

die Finanzkraft der Stadt fördern und
sparsam wirtschaften.

Mit Herz

die Schulen optimal ausstatten und beste
Bildungschancen bieten.

Mit Herz

die lokale Wirtschaft fördern und
Arbeitsplätze schaffen.



Hilden
im Herz.

SPD-Ortsverein Hilden
Geschäftsstelle
Berliner Straße 4
40721 Hilden

Tel.: 02103 - 54708
Fax.: 02103 - 52047